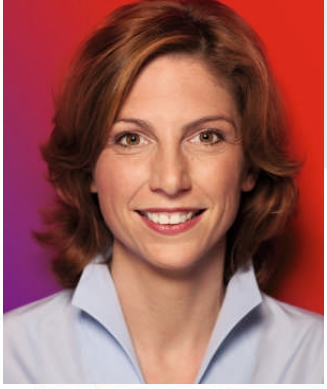

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
das, was derzeit in der Welt passiert, ist schockierend. Militärische Auseinandersetzungen, Gewalt, Folter und dazu noch eine Epidemie, die sich mit Vehemenz ausbreitet.
Täglich beschäftigen wir uns mit der Situation in der Ukraine sowie im Nordirak. Dabei ist die Ebola-Epidemie etwas "untergegangen". Das Auswärtige Amt hat uns über die Krisensituation informiert und ich bin entsetzt über das Ausmaß und die Krisenbewältigung. Wir müssen wir uns weltweit eingestehen, dass unsere Frühwarnsysteme versagt haben. Mit diesem Ausmaß hat niemand gerechnet. Nun sind zwar mittlerweile Hilfsmaßnahmen eingeleitet, aber wir laufen der Infektionswelle hinterher. In der Bevölkerung ist "Ebola" mit Schrecken und Angst besetzt, was auch dazu führt, das das Spendenaufkommen wesentlich geringer ausfällt als nach anderen humanitären Katastrophen wie Erdbeben. Ich bitte euch dringend um Spenden z.B. unter http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de/spende/ebola.html
DANKE für eure Hilfe! Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Bundeswehr – Da ist einiges schiefgelaufen!

In der letzten Woche liefen ständig Meldungen durch die Medien, in welch schlechtem Zustand das Material der Bundeswehr ist. Die Liste der defekten Geräte scheint länger, als die Liste des einsatzfähigen Materials.
Als verlässlicher Bündnispartner steht Deutschland in der Pflicht, seine militärische Handlungsfähigkeit zu sichern. Die jüngsten Pannen beim Lufttransport von militärischen und humanitären Hilfen haben gezeigt: Es müssen nun rasch die richtigen Weichen gestellt werden, um vorhandene Missstände zu beheben.
Die Bundesverteidigungsministerin hat die Missstände nicht selbst zu verantworten. Aber sie ist gefordert, die Bundeswehr schnellstmöglich wieder fit zu machen.
Das am Montag veröffentlichte Gutachten ist ein erster, wichtiger Schritt dazu. Der schlechte Materialzustand ist keine Frage des Geldes, sondern des richtigen Managements. Im vergangenen Jahr hat das Bundesverteidigungsministerium 1,3 Mrd. € aus seinem Etat nicht abgerufen. Geld genug ist also vorhanden.
Frank-Walter Steinmeier hat jüngst vor den Vereinten Nationen zu Recht darauf hingewiesen, dass Deutschland, eingebettet in Europa, eine größere Verantwortung für Frieden und Solidarität in der Welt übernehmen muss und das ist unabhängig vom Zustand der Bundeswehr und sollte in enger Abstimmung mit unseren Bündnispartnern geschehen.
Tatsache ist: Bislang liegen weder für Ausbildungseinsätze der Bundeswehr im Irak noch für eine militärische Beteiligung an einer OSZE-Überwachsungsmissionen in der Ukraine entsprechende Einladungen vor.
Eine bewaffnete OSZE-Beobachtermission wäre im Übrigen nur mit dem Einverständnis der OSZE, der Ukraine und Russlands möglich.
Wir erwarten, dass sich die Bundesregierung entsprechend den Zuständigkeiten der Ressorts zunächst intern über Handlungsoptionen abstimmt und vor einer möglichen Entscheidung des Bundestages alle politischen und rechtlichen Fragen sorgfältig prüft.

International

Flüchtlinge – Überall menschenwürdig unterbringen

Der Skandal im Flüchtlingsheim in Burbach (Siegerland) hat uns hautnah spüren lassen, wie wichtig die menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen ist. Vergleiche mit Guantanamo geisterten nicht zu Unrecht durch die Medien.
Auf skandalöse Weise wurde unser Grundsatz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ im wahrsten Sinne des Wortes mit Füßen getreten.
Die Not in Kriegsgebieten muss zwar in erster Linie vor Ort gelindert werden. Die Bundesregierung hat deshalb allein für den Irak humanitäre Soforthilfen von 50 Mio. € zur Verfügung gestellt. Hilfe benötigen aber auch die Nachbarstaaten, in die mittlerweile Millionen Menschen aus Syrien und dem Nordirak flüchten.
Immer mehr Flüchtlinge suchen aber auch in unserem Land Zuflucht vor Krieg, Bürgerkrieg und Gewalt. Sie verdienen eine menschenwürdige Aufnahme und Behandlung.
Auch wenn die furchtbaren Übergriffe in einzelnen Flüchtlingsheimen durch externes Sicherheitspersonal Einzelfälle sein mögen – sie sind eine Schande und dürfen sich nicht wiederholen!
Wir haben bereits gezielte finanzielle Hilfen für die Kommunen auf den Weg gebracht, etwa einen höheren Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft und besondere Maßnahmen im Programm „Soziale Stadt“.
Darüber hinaus unterstützen wir den Bundesratsbeschluss der Länder, den Neubau von Flüchtlingsunterkünften auch in siedlungsnahen, unbebauten Grundstücken und in Gewerbegebieten zu erleichtern.
In vielen Städten ist dies die einzige Möglichkeit, Flüchtlingen im Winter schnell ein beheiztes und festes Dach über dem Kopf zu verschaffen. Neben der Unterkunft müssen eine Fülle weiterer praktischer Probleme gelöst werden.
Ich begrüße deshalb sehr die Initiative von Aydan Özoguz, als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, gemeinsam mit Flüchtlingsinitiativen auszuloten, wie die ganz konkreten Hilfen vor Ort unterstützt werden können.

Umwelt

Neue AKW in Großbritannien – Das ist unglaublich, oder?

Nach aktuellen Medienberichten will die noch amtierende EU-Kommission in Kürze den Subventionen für das neu zu bauende britische AKW Hinkley Point C zustimmen. Der Energieversorger Électricité de France (EDF) hatte den Zuschlag für zwei rund 19 Milliarden Euro teure Reaktorblöcke erhalten und soll eine staatlich garantierte feste Vergütung von 10,9 Cent pro Kilowattstunde (kWh) Atomstrom über 35 Jahre plus Inflationsausgleich bekommen.

Unsere Bundestagsfraktion lehnt diese milliardenteure Förderung der Atomenergie ab. Die Atomlobby hat offensichtlich ganze Arbeit geleistet. Obwohl diese Form der Beihilfe von der EU-Kommission zunächst kritisch gesehen wurde, scheint die Angelegenheit jetzt plötzlich noch schnell vor dem anstehenden Wechsel der EU-Kommission entschieden zu werden.

Umso erstaunlicher, weil es beim deutschen EEG viel Kritik aus Brüssel gab. Es ist Augenwischerei, diese geplante, feste Einspeisevergütung für Atomstrom aufgrund der angeblich klimaschonenden Atomstromproduktion mit dem EEG zu vergleichen.

Erstens ist Atomenergie bei Berücksichtigung aller Faktoren nicht klimaneutral.

Zweitens ist die Stromproduktion mit Atomreaktoren im Gegensatz zu Erneuerbaren Energien hoch gefährlich und hinterlässt Millionen Jahre strahlenden Müll.

Und **drittens** handelt es sich dabei um eine schon vor vielen Jahrzehnten eingeführte Technologie, die heute keine Anschubfinanzierung nötig haben sollte.

Nicht nur, dass britische Stromverbraucher demnächst gefährlichen Atomstrom hoch subventionieren sollen, der britische Steuerzahler soll auch Milliarden an Ausfallgeldern an EDF zahlen, wenn sich die Energiepolitik der Regierung ändern sollte.

Einen besseren Deal für eine Technologie, die weder Zukunft hat noch sich aufgrund der viel zu hohen Kosten marktwirtschaftlich betreiben lässt, kann man sich gar nicht vorstellen. Es wäre für die Briten viel billiger, statt in ein neues AKW in Erneuerbare Energien zu investieren.

Wirtschaftswachstum – Nicht ohne Klimaschutz!

Investitionen in den Klimaschutz sind Investitionen in Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Gesundheit. Nicht nur weltweit, sondern auch bei uns in Deutschland stehen erhebliche Investitionen in die Infrastruktur, die Energiesysteme und den Städtebau bevor. Es kommt jetzt darauf an, diese Mittel in ein klimaverträgliches Wachstum zu lenken und so zusätzliche Arbeitsplätze, eine höhere Produktivität und bessere Lebensqualität zu erreichen. Klimaschutz und Wirtschaftswachstum sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Wirtschaftswachstum ohne Klimaschutz wird nicht nur enorme Folgekosten verursachen. Es besteht deshalb die Herausforderung, die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft unserer Wirtschaft, von Industrie und Mittelstand, mit den Zielen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes in Einklang zu bringen. Die Energieversorgung von morgen muss zunehmend über Erneuerbare Energien abgedeckt werden. Zusammen mit einer Verbesserung der Energieeffizienz werden mittelfristig sowohl die Energiekosten als auch die Abhängigkeit von Rohstoffen gesenkt.

Kluge Investitionen schützen das Klima und schaffen neue zukunftsfeste Arbeitsplätze. Voraussetzung für nachhaltiges wirtschaftlichen Wachstums sind verlässliche und zukunftsweisende politische Weichenstellungen.

Notwendiger Rahmen sind ein ambitioniertes Klimaabkommen auf globaler Ebene, ehrgeizige Klimaziele auf europäischer Ebene und ein funktionierender Emissionshandel.

Auf nationaler Ebene werden wir unter anderem mit einer klugen Stadtentwicklungspolitik und den Aktionsplänen zum Klimaschutz und zur Energieeffizienz unseren Teil dazu beitragen, dass wir die Klimaziele erreichen, zu denen wir uns verpflichtet haben.

Parlament

Klare Regeln beim Wechsel in die Wirtschaft

Wir haben bereits zu Beginn des Jahres eine klare Regelung für den Wechsel von Politikern in die Wirtschaft gefordert, um möglichen Interessenskollisionen von Anfang an einen Riegel vorzuschieben. Wir hätten auch gerne Regelungen zur Abgeordnetenbestechung getroffen, das wollte die CDU aber nicht. Wir haben uns nun auf eine Regelung mit Augenmaß verständigt, die sich an den Vorgaben für die Europäische Kommission orientiert: Künftig müssen Minister und Parlamentarische Staatssekretäre unverzüglich anzeigen, wenn sie eine Tätigkeit außerhalb des Parlaments oder des öffentlichen Dienstes aufnehmen wollen. Die Bundesregierung wird dann jeweils im Einzelfall entscheiden, ob eine Karenzzeit einzuhalten ist.

Ihre Entscheidung wird sie auf Grundlage des Vorschlags eines beratenden Gremiums aus unabhängigen Persönlichkeiten treffen.

Wenn bei Berücksichtigung aller Umstände keine Interessenskonflikte drohen, soll auf eine Karenzzeit verzichtet werden.

In allen anderen Fällen gilt eine Karenzzeit, deren Dauer in der Regel bis zu 12 Monaten und in besonderen Fällen bis zu 18 Monate betragen kann.

Die konkreten Einzelheiten muss die Bundesregierung in einem Gesetzentwurf ausarbeiten.

International

Hongkong – China sollte langsam Demokratie zulassen

Die Welt schaut mit Sorge auf die Situation in Hongkong. Die chinesische Regierung muss maßvoll mit den dortigen Protesten umgehen und Demokratie zulassen.

Fragen der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sind keine inneren Angelegenheiten von Staaten, sondern durch internationale Deklarationen geschützt und deshalb auch Gegenstand der Weltöffentlichkeit.

Wir blicken zurecht mit Sorge auf mögliche Reaktionen der chinesischen Führung angesichts des gesellschaftlichen Rufs nach Demokratie in Hongkong.

Der Umgang mit der Situation wird zum Lackmustest für die Staatsführung bei einer erhofften Modernisierung des Landes.

Die chinesische Regierung sollte maßvoll auf die Proteste reagieren, in den Dialog mit den Demonstranten eintreten und Demokratie möglich machen.

Bonbon

„Wenn die Kinderkrankheiten nicht in Kürze überwunden werden, dann steht unserer Partei ein ähnliches Schicksal bevor wie den Piraten.“.

(Lars Patrick Berg, AfD)

Termine

11.10.14	**18.30 Uhr**	**Theaterpremiere Mudersbach**
13.-17-10.	*Ganztags*	*Sitzungswoche in Berlin*
17.10.14	*16.00 Uhr*	*Klausur Kreistagsfraktion*
		Haus Marienberge, Elkhausen

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**